

# Antrag N01: Kinder und Jugendliche schützen statt Symbolverbote beschließen. Plattformen regulieren, Medienkompetenz stärken, Forschung ausbauen.

Laufende Nummer: 2

|                   |            |
|-------------------|------------|
| Antragsteller*in: | RV West    |
| Status:           | angenommen |

1 Die Jusos München **erkennen die erheblichen Gefahren** sozialer Medien für Kinder und  
2 Jugendliche ausdrücklich an. Hass, Mobbing, manipulative Empfehlungssysteme,  
3 Suchtmechaniken, Desinformation und sozialer Druck sind reale Probleme, auf die  
4 Politik eine entschlossene Antwort geben muss. Die derzeitige Diskussion über ein  
5 gesetzliches Social Media Verbot für Kinder unter 14 Jahren geht für uns in eine  
6 falsche Richtung. Wir lehnen es ab, die Diskussion auf ein Social-Media-Verbot für  
7 Kinder unter 14 Jahren zu beschränken. Ein pauschales Verbot sozialer Medien  
8 verlagert politische und gesellschaftliche Verantwortung von Plattformbetreibern auf  
9 Kinder, Jugendliche und Eltern und geht nicht umfassend genug auf die Notwendigkeit  
10 von Suchtprävention und Medienkompetenztraining für Kinder und Jugendliche ein. Ein  
11 Verbot bestimmter Plattformen im Internet darf zwar nicht prinzipiell ausgeschlossen  
12 werden, ist jedoch alleine betrachtet eine zu vereinfachte Lösung auf ein  
13 kompliziertes Problem.”

14

15

16

17 Daher fordern die Jusos München:

18 1. Den Schutz von Kindern und Jugendlichen nicht auf ein pauschales Verbot sozialer  
19 Medien zu reduzieren

2. Plattformen regulieren und demokratisieren:

20 a. Konsequente Regulierung manipulativer und suchtv Verstärkender  
21 Plattformmechanismen.

22 Dazu gehören insbesondere endloses Scrollen, automatisches Abspielen von  
23 Inhalten, auf maximale Nutzungsdauer ausgelegte Push-Benachrichtigungen,  
24 Gamification- und Belohnungssysteme sowie intransparente algorithmische  
25 Empfehlungssysteme.

26

b. Safety-by-default für Minderjährige auf allen großen Plattformen.  
27 Für Accounts von Minderjährigen müssen die höchsten Schutzstandards  
28 standardmäßig gelten: private Konten, deaktiviertes Tracking, keine  
29 personalisierte Werbung, keine Standortfreigabe, keine Nutzung von hochgeladenen  
30 Content oder Interaktionen für das Training von darunterliegenden bzw.  
31 assoziierten KI-Systemen, auch nicht in indirekter Anbindung, sowie klarere  
32 Ausweisung von KI-generierten Content, keine unnötigen Benachrichtigungen und  
33 keine algorithmische Verstärkung riskanter Inhalte.

34

2. c. **Soziale Medien unter demokratische Kontrolle:** Die großen sozialen und digitalen Plattformen befinden sich aktuell in der Hand weniger Oligarchen, die sie vor allem zur Profitmaximierung und politischer Einflussnahme nutzen. Diese gewinnorientierte Aufmerksamkeitsökonomie auf Kosten der Gesundheit und des Zusammenhalts der Gesellschaft sowie die daraus resultierende Machtkonzentration einiger weniger Superreichen lehnen wir entscheiden ab. Wir kämpfen daher für die Demokratisierung der sozialen Medien und digitalen Plattformen mit dem Ziel, diese vollständig dem Gemeinwohl zu verpflichten. Nur durch eine vollständige Vergesellschaftung können sowohl Kinder und Jugendliche als auch alle andere Menschen langfristig vor den Folgen eines intensiven Social-Media-Konsums geschützt werden.

d. Stärkere Durchsetzung bestehenden europäischen Rechts gegenüber Plattformen.

2. c. Vollständige Durchsetzung bestehenden europäischen Rechts gegenüber Plattformen.

2. Die Möglichkeiten des Digital Services Act als auch des EU AI Acts müssen konsequent genutzt werden. Wo Plattformen gegen Jugendschutz, Datenschutz oder Transparenzpflichten verstoßen, müssen wirksame Sanktionen, zu denen bei schweren Verstößen aber dennoch ein allgemeines Verbot der jeweiligen Plattformen gehört. Regulierung muss Kinder schützen, darf aber gleichzeitig eine eigenständige digitale Entwicklung in Europa nicht zusätzlich behindern.

3. Mehr unabhängige Forschung und Evaluation statt vorschneller

Verbotsgesetzgebung:

Wir brauchen eine belastbare wissenschaftliche Grundlage zu den gesundheitlichen, sozialen und demokratiefördernden wie demokratieschädlichen Wirkungen sozialer Medien, zur tatsächlichen Wirksamkeit von Altersgrenzen sowie zu Umgehungsstrategien und Nebenfolgen von Verboten.

4. Medienkompetenz stärken:a. Verbindliche Medien- und Demokratiebildung ab frühem Alter:

a. Medienkompetenz muss deutlich vor dem 14. Lebensjahr systematisch vermittelt werden – in Schulen, in der außerschulischen Jugendarbeit und mit Unterstützung für Eltern. Schulsozialarbeit und Beratungsangebote müssen entsprechend ausgebaut werden.

b. Jugendbeteiligung bei allen Regelungen zum digitalen Jugendmedienschutz. Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche unmittelbar betreffen, dürfen nicht über ihre Köpfe hinweg beschlossen werden. Junge Menschen und ihre Interessenvertretungen müssen systematisch einbezogen werden.c. Vorbildfunktion von Politik, Schule, Elternhaus und Öffentlichkeit.

- 71 c. Der Umgang mit digitalen Medien ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.  
Politik darf nicht so tun, als ließen sich Erziehungs-, Bildungs- und  
72 Regulierungsdefizite allein durch Verbote lösen.

73

74

## Begründung

Soziale Medien sind für viele Kinder und Jugendliche heute Kommunikationsraum, Informationsquelle, Unterhaltungsmedium und sozialer Ort zugleich. Zugleich sind sie von Geschäftsmodellen geprägt, die Aufmerksamkeit maximieren, emotionale Zuspitzung belohnen und gerade junge Nutzer\*innen besonders anfällig für Druck, Suchtmechaniken, problematische Schönheitsideale, Hass und Desinformation machen. Dass daraus politischer Handlungsbedarf entsteht, ist unstrittig. Auch die SPD-Bundestagsfraktion und der CDU-Bundesparteitag argumentieren mit solchen Risiken.

Falsch ist jedoch die Schlussfolgerung, ein gesetzliches Verbot für Unter-14-Jährige sei die zentrale oder beste Antwort. Auch die Bundes-SPD verbindet ihre Forderung nach einem Verbot unter 14 Jahren mit weitreichender Plattformregulierung, Schutzstandards, Medienbildung und Altersverifikation. Gerade das zeigt aber: Das eigentliche Problem liegt in der Plattformarchitektur und im Geschäftsmodell - nicht in der bloßen Nutzung durch Kinder.

Ein Verbot droht deshalb, an der Oberfläche zu bleiben. Es ist technisch umgebar, verlagert Konflikte in Familien und Schulen und kann politische Scheinsicherheit erzeugen. In der öffentlichen Debatte wird bereits auf Umgehungsstrategien wie VPN-Nutzung verwiesen; der Bundesvorsitzende der Jusos hat genau daraus die Schlussfolgerung gezogen, dass statt eines Verbots vor allem die Plattformen selbst in die Pflicht genommen werden müssen.

Hinzu kommt, dass die von der SPD vorgeschlagene Altersverifikation über die EUDI-Wallet politisch und technisch zwar als Perspektive diskutiert wird, aber keineswegs alle Fragen bereits löst. Gerade deshalb braucht es sorgfältige Evaluation und Verhältnismäßigkeit statt schneller Symbolgesetzgebung. Die Bundesregierung selbst verweist in diesem Themenfeld auf weitere fachliche Prüfungen und auf die Ergebnisse einer Expertenkommission.

Für uns als Jusos ist daher klar: Wir dürfen die reale Gefahr sozialer Medien weder verharmlosen noch mit einer einfachen Verbotslogik beantworten. Eine progressive Antwort schützt Kinder und Jugendliche wirksam, ohne digitale Teilhabe pauschal einzuschränken. Sie setzt bei Konzernmacht, Suchtmechaniken, Intransparenz und fehlender Durchsetzung von Regeln an. Sie stärkt Medienkompetenz, demokratische Resilienz und Aufklärung. Und sie nimmt Plattformbetreiber endlich dort in die Verantwortung, wo sie hingehört.

Wer Kinder und Jugendliche im Netz schützen will, muss die Plattformen verändern – nicht nur den Zugang verbieten.